

## tung gegenüber der Gesellschaft zuwenig wahr, zukünftige Leader auch ethisch zu bilden?

Ich glaube nicht. Wie gesagt, ist es grundsätzlich Aufgabe einer Universität, zu forschen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse neben dem Grundwissen an die Studierenden zu vermitteln. Die Universität beschäftigt sich deshalb auch mit der theoretischen Ethik. Dem IVE liegt aber die praktische Ethik am

### «Dem IVE liegt die praktische Ethik am Herzen.»

Herzen, die sich auf unsere christlich-abendländische Kultur beruft, wo im Vordergrund die individuelle Freiheit steht, die durch die Freiheit des andern eingeschränkt ist. Eben die Freiheit, die den industriellen Unternehmern ermöglicht, innovativ und kreativ tätig zu sein!

#### Das IVE

Die gemeinnützige Stiftung IVE ist an den Hochschulen in Zürich, St.Gallen, Basel, Bern, Fribourg und Lausanne aktiv. Sie will bei jungen Menschen deren Potenziale zum unternehmerischen wertebezogenen Verhalten fördern. 52 Persönlichkeiten der Schweizer Wirtschaft wie Peter Quadri oder Peter Brabeck haben Vorträge im Rahmen des IVE-Vortragszyklus «Leadership aus der Sicht eines Praktikers» an einer Hochschule gehalten; 1027 Studierende absolvierten den IVE-Workshop «Was ein Jungunternehmer wissen muss»; 245 Businesspläne wurden präsentiert, wobei 41 umgesetzt oder sich in der Realisierungsphase befinden; 92 Studierende erweiterten ihre praktischen Erfahrungen im Institutmanagement und sieben Inhaber des Bachelor-Diplomes schlossen die anspruchsvolle Herausforderung der vom IVE angebotenen Assistenzstelle auf Kaderebene mit Erfolg ab.

Weil Hochschulen das wahre und nachhaltige unternehmerische Verhalten während des Studiums höchstens theoretisch vermitteln, schlägt das IVE eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis nach dem Prinzip «Learning by Doing». Hans Ulrich Pestalozzi: «Es waren die Werte unserer christlich-abendländischen Kultur, die das Verhalten des erfolgreichen unternehmerischen Handels Jahrhunderte lang prägten: Integrität, Zuverlässigkeit, Selbstdisziplin, Kompetenz, Bescheidenheit, Respekt gegenüber dem anderen, Wahrheit und Transparenz. Genau an diese Grundsätze knüpft das IVE an, wie die Industriepioniere im 19. Jahrhundert, und schenkt ihnen oberste Priorität.»

IVE – Institut International  
Valeurs et Esprit d'Entreprise  
CP 778, Pl. de la Gare 5, CH-1701 Fribourg  
www.ive.ch, Tel. 026 309 20 20

# Sachlichkeit statt Symbole

Das Ende einer Odyssee naht: Nach vier Jahren Beratung hat das Parlament einen indirekten Gegenvorschlag zur «Abzocker-Initiative» verabschiedet. Dieser Gegenvorschlag nimmt die wesentlichen Punkte der Initiative zur Stärkung der Aktionäre in Lohnfragen auf. Er kommt aber ohne die Übertreibungen der Initiative aus, die – welche Ironie - die Aktionäre mit einem Regelungskorsett

bevormunden will. Damit müssten nun eigentlich alle glücklich sein. Alle? Beinahe. Es gab exakt eine Gegenstimme: Diejenige von Ständerat Thomas Minder. Dem Vater der Initiative wollte nicht passen, dass seinem Baby Konkurrenz erwächst. Entsprechend zieht er seine Initiative auch nicht zurück, obwohl beide Räte sie ablehnen. Sie kommt somit vors Volk. Der indirekte Gegenvorschlag tritt nur in Kraft, wenn die Initiative scheitert. So weit, so gut, doch es gibt ein drittes Element im Bunde: Einen direkten Gegenvorschlag in Form einer Bonussteuer. Der Ständerat befindet darüber im Juni, der Nationalrat hat bereits zugestimmt. FDP und SVP lehnten diese Steuer als wirtschaftsfeindliche Symbolpolitik ab, da sie Firmen belastet (soweit sie nicht umgangen wird), aber am Problem falscher Anreize nichts ändert. Doch die Linke erhielt Schützenhilfe von den Grünliberalen. Diese anerkennen zwar die Nutzlosigkeit der Bonussteuer, doch glauben sie, mit diesem Etikett den behaupteten «Volkszorn» besser besänftigen zu können als alleine mit dem indirekten Gegenvorschlag.

Dabei stellt sich die grundsätzliche Frage: Trauen wir den Stimmberechtigten zu, dass sie sich von sachlich ausgewogenen Lösungen überzeugen lassen (wie hier vom indirekten Gegenentwurf)? Oder gehen wir davon aus, dass wir dem Stimmvolk nur mit populistischer Symbolpolitik (wie hier mit einer untauglichen Bonussteuer) begegnen können? Die jüngsten Ja zur Verwahrungs-, Ausschaffungs-, Minarett- und Zweitwohnungsinitiative mögen Anhänger von sachlicher Argumentation zwar verunsichern. Für mich aber ist klar: Bewusste Symbolpolitik ist unehrlich und verkauft die Stimmberechtigten für dumm. Verzichtet wir auf solche Spiele. In der Abzocker-Debatte heisst das: Kein Bonussteuer-Gegenvorschlag – setzen wir unsere Glaubwürdigkeit lieber dafür ein, den indirekten Gegenvorschlag zu vermitteln.



Andrea Caroni,  
Rechtsanwalt, ist  
Nationalrat (FDP) von  
Appenzell Ausserrhoden